

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1924

69 (12.8.1924)

Erscheint
Montag, Mittwoch,
Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.50 (rezeleibend).

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt behält kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit: 9-5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Verantwortlicher: H. Nr. 11.
Postfach-Nr. 6002.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begründet 1899

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:

Einzelne: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 8 Goldpf.

Familien-Anzeigen 5 Goldpf.

Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 24 Goldpf.

Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist frei.

Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Bestreitung und bei Konkurs erlischt.

Platzanzeigen werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 69. Dienstag, den 12. August 1924. 85. Jahrgang

Der letzte Abschnitt der Konferenz

Mitten in der Verhandlung.

London, 11. August. Das Terrain der Londoner Konferenz ist seit heute mittag fast ausschließlich deutsch-französisch-belgischen Verhandlungen über die militärische Räumung überlassen.

Um 3 Uhr nachmittags hat im Hyde-Parkhotel eine Unterredung zwischen dem Außenminister Stresemann und dem französischen Finanzminister Clementel stattgefunden, die sich ausschließlich um handelspolitische und wirtschaftliche Fragen drehte. Finanzminister Clementel überreichte dem Außenminister eine Denkschrift, die die französischen Wünsche enthielt. Sie bezieht sich in der Hauptsache auf Handelsverträge bzw. auf die Meistbegünstigungsklausel und die deutschen Sachlieferungen. Die Denkschrift Clementels war Gegenstand eingehender Erörterungen in der deutschen Delegation während des ganzen Nachmittags.

Um 6 Uhr fand eine Zusammenkunft zwischen dem Außenminister Stresemann und dem Ministerpräsidenten Herriot statt. Die Franzosen verfolgen offenbar die Taktik, rein politische und handelspolitische Verhandlungen gefordert zu führen, um so die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß Frankreich für die Ruhrbesetzung keine Kompensationen fordere.

Herriot selbst hat in einer Unterredung Stresemann seine Bereitwilligkeit zur militärischen Räumung des Ruhrgebietes im Prinzip erklärt. Die Räumung soll aber erst nach einem Jahre durchgeführt bzw. beendet werden. Bei Erfüllung gewisser noch nicht bekannter politischer Voraussetzungen soll die Möglichkeit der Herabsetzung der Frist auf sechs Monate gegeben sein.

Herriots Pariser Erfolg.

Berlin, 11. August. Der französische Ministerpräsident hat in dem Pariser Zwischenakt der Londoner Konferenz einen Erfolg gehabt. Seine Ansicht daß die Ruhr auch militärisch geräumt werden müsse, ist im Ministerrat durchgedrungen. Unterstützung für seine Ansicht fand Herriot bei dem Marschall Foch. Da dieser, nachdem ihm Herriot seinen Räumungsplan vorher mitgeteilt hatte, den Grundsatz billigte, daß die Ruhrbesetzung mit der Sicherheitsfrage nicht zusammenhänge, so fügte sich der Kriegsminister Nollet in diesen Herriot-Fochschen Antrag. Damit war Herriots Erfolg entschieden. Es ist bezeichnend, daß der französische Ministerpräsident wegen des Gelingens dieses Pariser Abteufers voll Optimismus über den weiterhin guten Verlauf der Konferenz nach London abreist. Er hofft, die Konferenz werde in 4-5 Verhandlungstagen zu Ende sein und die endgültige Unterzeichnung des Vertrages werde in einer Zeitspanne von etwa 14 Tagen nach dem Schlusse der Konferenz erfolgen. Ob diese Hoffnungsreueigkeit Herriots keine Rückschlüsse erfahren wird, muß abgewartet werden. Es sind immerhin einige schwierige Punkte, die in London noch erörtert werden müssen. Die deutsche Abordnung hat durchaus keinen Grund, jetzt allzu vertrauenselig die weiteren Londoner Arbeiten zu behandeln. Man darf doch schließlich nicht vergessen, daß die Ruhräumung eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Daß gegenüber dieser selbstverständlichen Tatsache erst bedeutende Schwierigkeiten sich ergeben könnten, ist eine die Deutschen zu einer erneuten Vorsicht mahnende Tatsache, die durch die jetzt in Paris erfolgte Anerkennung der Selbstverständlichkeit der Ruhräumung nicht aus der Welt geschaffen werden kann. Herriot will in London mit den Deutschen über einen Handelsvertrag verhandeln, der die Ruhräumung als Schaherobjekt zur Unterlage hat. Schon bei diesen Verhandlungen könnten sich Schwierigkeiten einstellen, denn das deutsche Entgegenkommen bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag findet seine Grenze mit Recht in der Tatsache, daß die Ruhräumung an sich eine Selbstverständlichkeit sein müsse. Immerhin ist es erfreulich, daß durch den positiven Ausgang des Pariser Ministerrats der Gegensatz zwischen den gestern im Reich gehaltenen Verfassungsfeiern und den Gemütemolken am internationalen Horizont nicht unerträglich vergrößert worden ist.

Deutsche Erfolge?

London, 8. August. Gestern abend verlautete im Zweiten Komitee hätten die Deutschen einen Erfolg zu verzeichnen. Es sei ihnen gelungen, mit ihren Forderungen der wirtschaftlichen Räumung der Ruhr innerhalb 35 Tagen durchzudringen. An dererseite kämpften sie gegen die Zahlung eines Zwölftels der Dawes-Annullitäten während der Uebergangsperiode und gegen die Zahlung von fünf Millionen Goldmark als Kosten der wirtschaftlichen Räumung der Ruhr. Wie von alliierter Seite verlautet, wurde im Rat der Vierzehn bei den Verhandlungen über die Verfehlungsfrage der deutsche Antrag angenommen, daß auch Deutschland im gegebenen Falle das Recht zur Anrufung des Schiedsgerichts erhalten solle.

Die Ergebnisse der heutigen Verhandlungen.

Die Londoner Konferenz konzentriert sich allmählich bestimmten Ergebnissen entgegen. Wenn man die Verhandlungen des gestrigen Tages an Hand der Londoner Meldungen zusammenfaßt, so lassen sich die Resultate folgendermaßen darstellen:

1. Der Dawes-Plan wird 10 Tage früher zur Ausführung gebracht als zuerst beabsichtigt.
2. Die Deutschen, haben eine frühere wirtschaftliche Räumung der Ruhr durchgesetzt.

3. Der erste Teil des Finanzplanes (Zölle) wird innerhalb 5 Wochen anstatt 6 Wochen zur Ausführung kommen, d. h. am 24. September statt am 1. Oktober.
- Der zweite Teil (Bergbau) wird in 6 statt 8 Wochen ausgeführt, d. h. am 1. Oktober, statt am 15.
- Eine Nichterfüllung der Reparationszahlung kann nur dann Sanktionen nach sich ziehen, wenn sie absichtlich ist. Bisher hieß es statt absichtlich offensichtlich.
- Die Abmachungen über die Separatisten ist im deutschen Sinne geregelt worden.
- Die Alliierten schließen aus der Amnestie nur diejenigen aus, die für Totschlag oder Sabotage oder Taten verurteilt sind, die mit Todesstrafe belegt werden.
- Der deutsche Vorschlag, der die Hinzuziehung eines deutschen Mitgliedes zur Reparationskommission verlangte, ist abgelehnt worden.

In Erweiterung dieser Feststellungen bestätigt der Londoner Berichterstatter der „Zeit“, daß bei der ersten persönlichen Begegnung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten einerseits und dem Deutschen Reichskanzler und Dr. Stresemann andererseits auch über die militärische Räumung des Ruhrgebietes gesprochen worden ist. Er stellt zugleich fest, daß die Anregung zu dieser Aussprache von französischer Seite ausgegangen ist. Bei dieser Gelegenheit sei auch die Sprache auf die Tätigkeit der Rheinlandkommission gebracht worden. Es sei hierbei zu einer erregten Diskussion gekommen, da die deutschen Delegierten die Tätigkeit dieser Kommission einer scharfen Kritik unterzogen hätten. Erst in einer späteren Sitzung sei man nach französischem Entgegenkommen zu einem Beschluß gelangt, in dem die Rheinlandkommission aufgefördert wird, die Ordonanzen, die sie während der Ruhrbesetzung erlassen hat, zu revidieren.

Nach dem Bericht der „Zeit“ sind die Kernfragen der Londoner Konferenz, die militärische Räumung und die Belassung der 4000 französisch-belgischen Eisenbahner im Ruhrgebiet noch ungeklärt, da aber die französischen Minister am Sonntag in Paris weilen, um mit den dortigen Politikern zu verhandeln, ist es wahrscheinlich, daß diese Fragen bei dieser Gelegenheit ihrer Lösung in dem einen oder anderen Sinne entgegengetrieben werden.

Der Eindruck im Ruhrgebiet.

Bochum, 8. August. Im Ruhrgebiet wird die Entwicklung der Londoner Konferenz seit den letzten 24 Stunden mit verstärkter Spannung verfolgt, weil man das Gefühl hat, daß die Verhandlungen jetzt in das entscheidende Stadium über die Räumungs- und Sanktionsfrage treten. Wenn man die Stimmung richtig wiedergeben will, muß aber gesagt werden, daß man namentlich in den Kreisen der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Verwaltung dem Optimismus recht skeptisch gegenübersteht, der von London und offenbar auch von Berlin aus über den Ausgang der Konferenz ausgestrahlt wird. Wenn die von Frankreich in die Debatte geworfenen Termine auch nur annähernd zur Grundfrage eines Uebereinkommens gemacht werden sollen, so würde man, gerade weil man sich des Ernstes der Londoner Entscheidungen bewußt ist, den Ausgang der Londoner Konferenz als eine schwere Niederlage betrachten müssen, deren Auswirkungen auf das Ruhrgebiet namentlich in psychologischer Beziehung Anlaß zu ersten Besorgnissen geben müssen, zumal hier das soziale Gleichgewicht nach den schweren Erschütterungen der letzten Monate auch jetzt nur äußerst labil ist. Es ist in diesem Zusammenhang auch bezeichnend, daß nach Informationen aus Köln die schwankende Haltung der englischen Regierung in der Kölner Räumungsfrage bei der dortigen Bevölkerung stark enttäuscht und verstimmt hat. Damit hat sich nur bestätigt, was der Kölner „Times“-Korrespondent bereits vor 14 Tagen angekündigt hat: „Mit dem Argwohn der Erfahrung werden auch die Bemühungen der Franzosen verfolgt, sich weiter das Recht zu Sonderaktionen zu wahren.“ Allgemein ist man der Auffassung, daß alle Abmachungen zwecklos sein würden, wenn es nicht gelingt, Sicherheiten gegenüber neuen Angriffen Frankreichs zu erhalten.

Minister Luther über Ruhräumung und Zahlungsfähigkeit.
London, 8. August. Die Westminster Gazette veröffentlicht ein Interview eines ihrer Mitarbeiter mit dem Reichsfinanzminister Luther, in dem dieser nach Darstellung der schwierigen Lage des deutschen Mittelstandes und Widerlegung der Legende vom Reichtum der deutschen industriellen Klasse ausführt: Die Frage der Ruhrbesetzung stehe mit Deutschlands Zahlungsfähigkeit in so innigem Zusammenhang, daß es schwer sei, zu sagen, wie irgend eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht werden könnte, ohne daß diese Frage in den Vordergrund der Erörterungen geschoben werde. Abgesehen von den rein wirtschaftlichen Interessen sei auch die moralische Seite der Frage in Betracht zu ziehen, wenn man erreichen wolle, daß Deutschland von ganzem Herzen am Wiederaufbau mitwirke. Der Berichterstatter bemerkt: Niemand, der mit Luther gesprochen habe, könnte nur einen Augenblick an seiner aufrichtigen Hoffnung zweifeln, daß eine Vereinbarung erreicht werden könnte.

Ein englisches Urteil über das deutsche Memorandum.

London, 7. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ glaubt über die Einwendungen der Deutschen folgendes berichten zu können.

Während die gegen das erste Protokoll erhobenen Einwände verhältnismäßig unbeträchtlich seien, seien die gegen den Bericht der dritten Kommission insofern viel ernster, als die Denkschrift andeute, daß die darin niedergelegten Bedingungen mit dem Versailles Vertrag bzw. dem Dawes-Plan nicht strikte übereinstimmten und infolgedessen unannehmbar seien. Die Deutschen verlangten, daß die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes nicht acht oder sechs, sondern nur vier Wochen dauern sollte. Es sei ihnen aber auseinandergesetzt worden, daß alle Eisenbahn- und Industrie-Sachverständigen darin übereinstimmten, da sechs Wochen die Mindestgrenze bedeuteten. Ferner beharrten sie auf einer allgemeinen und gegenseitigen Amnestie; eine Vereinbarung in diesem Punkt dürfte nicht schwierig sein. Bezüglich der Beschlüsse der dritten Kommission sei die deutsche Kritik durchaus vernünftig; die Deutschen lehnten die Forderungen, daß die Ablieferungen über die im Versailles Vertrag genannten Daten hinaus fortgesetzt werden und daß die deutsche Regierung in gewissen ausdrücklich bestimmten Fällen für solche Lieferungen anstelle der in Verzug geratenen Lieferanten die Garantie übernehmen solle, ab. Was die Transfer-Frage betreffe, so wollten die Deutschen lediglich eine schiedsgerichtliche Entscheidung zulassen, wenn das Transfer-Komitee gleichmäßige in je drei Delegierte zerfalle; andererseits fordereten sie das Appellationsrecht gegen jede vom Transfer-Komitee getroffene Entscheidung, die das Interesse Deutschlands nachteilig beeinflusst. Endlich bekämpften die Deutschen den Gedanken einer schiedsgerichtlichen Entscheidung für den Fall, daß zwischen der Reparationskommission und Deutschland betreffend die Rechte des Transfer Komitees auf Eigentum in Deutschland eine Meinungsverschiedenheit entstehen sollte; hierdurch würden der Vorkriegslage für die Reparationen und Transfer-Komitees aller Aktionsfreiheit beraubt. Bezüglich der Frage der Eisenbahnen schienen die Deutschen bereit zu sein, den Alliierten durch besondere gesetzgeberische Bestimmungen Garantien zu geben über das Streikrecht der Eisenbahner in den besetzten Gebieten. Der Berichterstatter glaubt daß sogar die deutschen Sozialisten für eine solche Bestimmung unter den gegenwärtigen Umständen seien.

Der franz. Ministerrat soll entscheiden.

Der Ministerrat soll über militärische Räumung und Eisenbahnfrage Beschluß fassen.

Paris, 8. August. Herriot wird Samstag abend um 9 Uhr mit General Nollet und dem Finanzminister Clementel in Paris eintreffen, um vor der letzten Phase der Londoner Konferenz mit dem Präsidenten der Republik und der hier gebliebenen Mitgliedern des Kabinetts Fühlung zu nehmen. Sonntag vormittag wird im Elisee unter dem Vorsitz Doumergues ein wichtiger Ministerrat stattfinden, welcher Frankreichs Stellung in den Fragen der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und des eventuellen Verbleibens französischer und belgischer Eisenbahner im Ruhrgebiet endgültig bestimmen und vermutlich das Datum für die Wiedereinberufung von Kammer und Senat festsetzen wird. Herriot, Nollet und Clementel werden Sonntag nachmittag nach London zurückkehren.

Das Sekretariat des Ministerpräsidenten veröffentlicht am späten Abend ein Communiqué, wonach der zuerst für Sonntag angelegte Ministerrat bereits morgen Samstag nach 10 Uhr vormittags, also sofort nach dem Eintreffen Herriots stattfinden wird. Der Präsident der Republik, der sich zur Sommerfrische auf seinem Landgut befindet, wird zu diesem Zweck morgen vormittag nach Paris kommen, um dem Ministerrat zu präsidieren. Diese Frühherlegung des Ministerrats soll Herriot, Nollet und Clementel erlauben, bereits Sonntag früh nach London zurückzuköhren.

Der Große Rat auf Montag verlagt.

London, 8. August. Die Sitzungen der Delegationschefs im Rate der 16 sind infolge der bevorstehenden Abreise Herriots nach Paris auf unbestimmte Zeit, das heißt bis zur Rückkehr der französischen Delegation, also auf Montag verlagt worden. Der Rat der 16 beschäftigte sich heute mit den Transfer-Fragen. Die dritte Kommission der Alliierten hatte vorgeschlagen, daß nicht überwiesene Beträge aus dem Reparationsstapf in Wert- und Sachlieferungen angelegt werden sollen. In Streitfällen sollte ein Schiedsgericht entscheiden. Die deutsche Delegation hat ihrerseits den Vorschlag gemacht, daß Deutschland ein Mitbestimmungsrecht in der Aufstellung jener Werte haben soll, in denen die nicht überwiesenen Beträge angelegt werden sollen. Im Rat der Sechzehn hat man sich um diesen Gegenorschlag lang gestritten. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Man kam infolgedessen überein, die Mitglieder des Dawes-Ausschusses um ein Gutachten zu ersuchen. Die in Betracht kommenden Mitglieder sind Young, Rindersley, Stamp und Pirelli. Es geschieht damit zum erstenmale, daß Mitglieder des Dawes-Komitees als Schiedsrichter angerufen werden.

Die Kölner Zone.

Paris, 9. August. Nach einer Meldung des Sonderkorrespondenten des Temps soll heute morgen in der Konferenz der interalliierten Delegationschefs eine Verhandlung in der Frage der Räumung der Zone von Köln auf der Grundlage folgender Formeln erzielt worden sein: „Die Alliierten verpflichten sich, sobald der Zeitpunkt für die Entscheidung über die Frage der Räumung der Zone von Köln gekommen sein wird, alle Probleme, die nach dem Friedensvertrag damit in Zusammenhang stehen, einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen.“

Militärkontrolle und Räumung.

Aus der Erörterung der Gründe, die den französischen Ministerpräsidenten nach Paris getrieben haben, schält sich an Hand der Londoner Nachrichten die Tatsache heraus, daß die Franzosen, d. h. der General Nollet, den energischen Versuch machen, die Räumungsfrage mit der Militärkontrolle zu verwickeln. Es fragt sich, ob General Nollet mit dieser Ansicht in Paris durchdringen wird, und man geht wohl nicht fehl, in der Annahme, daß der Pariser Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik besonders diese Frage in erster Linie behandelt wird. Unterwirft sich Herriot dem Drängen der Militärpartei, und verlangt er von Deutschland, daß die Räumung von der Militärkontrolle abhängig gemacht wird, so ist die ganze Konferenz gefährdet. Es ist deutscherseits wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die von der deutschen Regierung angenommene letzte Kontrollnote der Alliierten der Willkür Tür und Tor öffnet und nicht die mindeste Garantie dafür bietet, daß sich die Kontrollorgane durch den Befund für befriedigt erklären. Sie haben es vollkommen in der Hand, jede beliebige Schlussfolgerung aus den Ergebnissen der Kontrolle zu ziehen. Selbstverständlich können wir die Räumung des Ruhrgebietes oder auch die Räumungsfristen für das Rheinland und damit die Entscheidung über den Damesplan im ganzen nicht von der Willkür einiger französischer Kontrolloffiziere abhängig machen. Man darf annehmen, daß sich die deutsche Delegation mit größter Entschiedenheit gegen diese unmögliche Verwicklung von Dingen zur Wehr setzt, die in Wirklichkeit gar nicht zusammenhängen. Sie kann jederzeit daran erinnern, daß die französische Ruhrbesetzung nur zum Schutze der wirtschaftlichen Behörden erfolgte, mit deren Rückziehung sie also jeden Sinn verlor. Die Sicherheitsfrage steht in London vorläufig überhaupt nicht zur Besprechung. In diesem Zusammenhange kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß das Blatt des deutschen Reichsaussenministers mitteilt, die Verwicklung der Frage der Militärkontrolle und der Räumung könne für Deutschland nicht in Betracht kommen.

Erst Abrüstung, dann Räumung.

Ein französischer Schiebungsversuch.

Paris, 8. August. Zu der Reise der französischen Delegierten nach Paris schreibt das „Journal des Debats“, es sei Sache Herriots und Theunis, die französisch-belgischen Interessen nach besten Kräften zu vertreten. Man dürfe sagen, daß sie die Situation beherrschten. Leider scheine in der Auffassung der Delegierten beider Länder eine gewisse Unstimmigkeit zu herrschen. In der vergangenen Woche sei ein Entwurf vorbereitet worden, auf Grund dessen die militärische Räumung des Ruhrgebietes in zwei Jahren vollzogen und von der lokalen Durchführung des Sachverständigenplanes während dieser Zeit abhängig gemacht worden sei, wobei gleichzeitig vorausgesetzt werde, daß die Engländer diese zwei Jahre hindurch ihre Truppen in Köln stehen ließen. Heute werde das Vorhandensein eines anderen Planes erbeutet, der auf General Nollet zurückzuführen und von diesem Macdonald bereits vorgelegt worden sei. Nach diesem neuen System würde die Räumung erfolgen, wenn die Abrüstung Deutschlands offiziell festgestellt werde.

Diese Kombination sei vielleicht vom diplomatischen Standpunkt schwerer zu vertreten als die erstere, denn die Befestigung des Ruhrgebietes sei beschlossen worden, nicht um Frankreichs Sicherheit zu verbürgen, sondern um ihm Reparationspfänder zu verschaffen. Es würde also ein Frontwechsel vollzogen, eine Operation, die immer einige Schwierigkeiten bereite, besonders aber dann, wenn sie gewissermaßen unter dem feindlichen Feuer vorgenommen wurde. Auf alle Fälle müßten die französische und belgische Regierung ein für allemal ihre Auffassung klären. Wichtiger als alles andere aber sei, daß sie vollkommen über das Programm einig seien, das sie durchzuführen beabsichtigen. Man werde nichts Vernünftiges erreichen, wenn man nicht bis zum letzten Augenblick wisse, was man wolle. Offensichtlich zögere Herriot vor der Wahl. Deshalb komme er nach Paris, um seine Kollegen zu konsultieren. Sicher ist es kein Fehler von ihm, wenn er gründlich nachdenke, bevor er sich entscheidend festlege.

Nach dem „Echo“ hat man das Gerücht von ersten Schwierigkeiten innerhalb der französischen Abordnung kolportiert. Herriot habe unter dem Eindruck der aus Paris eingetroffenen Nachrichten sich verpflichtet, das Ruhrgebiet militärisch zu räumen, ohne die Wiederaufnahme der Militärkontrolle abzuarbeiten. Es sei darauf zu einem lebhaften Meinungsaustrausch zwischen ihm und Nollet gekommen, der auf dem Standpunkt stehe: keine militärische Räumung des Ruhrgebietes vor der Wiederaufnahme der Militärkontrolle. Nollet habe erwidert, unter diesen Umständen könne er sich nicht mehr für die Sicherheit Frankreichs verbürgen. (1) Angesichts des Ernstes des Konflikts habe Herriot vorgeschlagen, den Schiedspruch des Ministerrats anzurufen.

Es bedeutet eine vollkommene Verschiebung der Dinge, wenn jetzt die Räumung des Ruhrgebietes mit der Militärkontrolle verknüpft wird. Die Befestigung des Ruhrgebietes ist wegen angeblicher Verfehlungen auf dem Gebiet der Sachleistungen erfolgt. Es ist also ein Ding der Unmöglichkeit, und ein Zeichen der Willkür, die Räumung mit der Militärkontrolle zu verwickeln.

Das Abkommen mit der Repko unterzeichnet.

London, 9. August. Die deutsche Delegation und die Reparationskommission haben die durch die Abreise Herriots geschaffene Phase in den Arbeiten der Londoner Konferenz dazu benützt, um heute die zwischen ihnen vorgesehenen Abkommen zu vereinbaren und unter Vorbehalt auch abzuschließen. Es war eigentlich vorgesehen, daß die Verhandlungen zwischen der deutschen Delegation und der Reparationskommission erst nach dem Abschluß der Londoner Konferenz geführt werden sollten, aber die Reparationskommission wurde etwas ungeduldig.

Das unnütze Warten in London wurde ihr auf die Dauer zu lange und sie trat deshalb an die deutsche Delegation mit dem Vorschlag heran, die Verhandlungen schon heute zu führen unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Abkommen nach der Unterzeichnung des Londoner Schlußprotokolls. Damit erklärte sich die deutsche Delegation einverstanden. Es sind eine ganze Reihe von Abkommen zu denen auch die aus dem Damesplan sich ergebenden Befehle über Eisenbahn-, Goldnotenbank, Zölle usw. gehören.

Am Nachmittag erschien der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, im Hotel Ritz, um dem Reichskanzler einen Besuch zu machen. In der siebenten Abendstunde begaben sich die drei Chefs der deutschen Delegation zur Reparationskommission, wo die Protokolle der Vereinbarungen unterzeichnet wurden. Sie treten, wie erwähnt, erst in Kraft, sobald der Damesplan durch die Londoner Konferenz einstimmig angenommen worden ist. Vorher ist Deutschland nicht gebunden. Es handelt sich nur um eine zeitliche Vorwegnahme dieser Verhandlungen, durch die die Dauer der Konferenz abgekürzt wird.

Die deutsche Anleihe gesichert.

London, 9. August. Nach den Äußerungen eines früheren amerikanischen Bankiers ist die Anleihe für Deutschland nunmehr endgültig gesichert. Schwierigkeiten dürften sich nur noch daraus ergeben, daß die wochenlange Diskussion auf der Konferenz die kleinen Zeichner etwas eingeschüchtern hat. Zunächst wird die Anleihe vom Bank syndikat aufgenommen werden, welches später wieder in langsamem Tempo an das Publikum abgeben wird. Die Banken sind davon überzeugt, daß jede der von den Deutschen zur Verfügung gestellten Sicherheiten, die Zölle, die Tabaksteuer, die Zuckersteuer und das Alkoholmonopol schon allein für sich ausreichen, um den Dienst der Anleihe zu garantieren.

Die Geldfrage in Europa.

Kopenhagen, 8. August. „Nationaltidende“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Finanzlage Europas und stellt folgende wehmütige Betrachtungen an: „Gemeinsam ist bei den europäischen Staaten ihr Durst nach Geld, aber woher soll man es nehmen? Während und nach dem Kriege strömte das Gold von Europa nach Amerika und jetzt kauft Amerika alles Gold aus den südafrikanischen Goldgruben auf. Daher kommt u. a. der Gegensatz zwischen dem europäischen und amerikanischen Geldwesen und dem ganzen wirtschaftlichen Leben. Vorderhand kann man mit Sicherheit sagen, daß alle Stabilisierungsvorhaben zum Untergang verurteilt sind, wenn sie nicht auf der Goldbasis ruhen. Wenn Europa sich retten will, dann muß man in irgend einer Weise Gold aus Amerika erhalten; glückt dies nicht, dann ist die Lage hoffnungslos und das zukünftige Horoskop gibt keine Veranlassung zu glauben, daß die Zeiten wesentlich besser werden.“

Die Bevölkerung von Eupen-Malmédy für die deutsche Sprache. Eupen, 8. August. Hier hat eine große Versammlung der Bevölkerung von Eupen und Malmédy stattgefunden, in der eine Entschliebung angenommen wurde, durch die die belgische Regierung erlucht wird, im Hinblick darauf, daß die deutsche Sprache von über 50 000 Einwohnern gesprochen wird, das Deutsche gleichberechtigt mit dem Französischen und Flämischen anzusehen. Ferner wünscht die Entschliebung die Einrichtung eines eigenen Amtsgerichts und eines Zoll- und Steueramts und ebenso Gleichheit in der Behandlung der Eupen-Malmédyer und der belgischen Kriegsbefehlshaber.

Unerhörte Drangsalierungen durch die Besetzung im Ruhrgebiet.

Essen, 8. August. Die französische Besetzung hat von der Verwaltung der Stadt Essen den Bau eines Benzintanks verlangt. Die Kosten dürften sich auf etwa 135 000 Goldmark stellen. Die Stadtverwaltung ist natürlich nicht in der Lage, den Bau auszuführen, da ihr Reichsmittel hierzu nicht zur Verfügung gestellt werden. — Die Stadtverwaltung in Barmen hat den Auftrag erhalten, eine neue Kaserne aufzuführen, ebenso die Stadtverwaltung Recklinghausen. Diese Forderungen hängen mit großen Truppenübungen zusammen, die jetzt im nördlichen Ruhrgebiet im Gange sind. Frankreich hat nämlich kürzlich neue französische Rekrutenjahrgänge ins Ruhrgebiet entsandt, die hier weiter ausgebildet werden. Vom frühen Morgen ab stehen die Rekrutenabteilungen in der Stadt und deren Außenbezirken. Anfangs erfolgte die Ausbildung auf requirierten Sportplätzen. Dann verlangten die Franzosen von der Stadtverwaltung, daß sie um diese Plätze hohe Bretterzäune errichten. Neuerdings wird aber die Ausbildung in der Umgebung von Recklinghausen in großem Stile betrieben. Die Franzosen haben die weiten Heideplätze zwischen Recklinghausen und Hatern in einen riesigen Truppenübungsplatz verwandelt. Die ausgebildeten Truppen werden ständig durch neue Truppen abgelöst und diese in Baracken untergebracht, zu deren Bau die Stadt Recklinghausen das Material zwangsweise liefern mußte. Nach Vervollständigung der Bauten durch französische Pioniere sollen hier auch die gesamten Truppen aus den Landkreisen stationiert werden. Mit der Errichtung des Truppenübungsplatzes sind weitgehende Absperungen des Verkehrs verbunden. In der Zeitung wird ständig wegen der Abhaltung von Scharfschießübungen vor der Benutzung gefährdeter Straßenzüge gewarnt. Heute sind wichtige Durchgangsstraßen für den Verkehr überhaupt gesperrt. Der Kanonendonner und das Knattern der Maschinengewehre sind weithin vernehmbar. Die Finanzlage der Städte des Ruhrgebietes, besonders natürlich der Stadt Recklinghausen ist durch die Truppenlast noch schwieriger geworden. Dazu kommt noch, daß die Forderungen von Wohnungen durch die Besetzung in den letzten Tagen stark zugenommen haben. Die Bewohner werden häufig einfach auf die Straße gesetzt, um französischen Regie- und Mucumangekstellen mit ihren Familien Platz zu machen.

Englisch-russische Wirtschaftsverständigung.

Man muß es den wirtschaftspolitischen Unterhändlern Sowjetrußlands zugestehen, daß sie sehr gute Nerven haben. Nachdem Anfang der Woche die schon seit Monaten in London dauernden Finanz- und Wirtschaftsverhandlungen Sowjetrußlands mit England abgebrochen worden sind, haben sich die beiderseitigen Unterhändler tags darauf erneut an den grünen Tisch gesetzt und eine Art vorläufiger Vereinbarung getroffen. Sieht man sich den Inhalt des Abkommens an, so findet man, daß beide Seiten an ihrer Auffassung festgehalten und lediglich ihr Einverständnis damit ausgedrückt haben, daß sie über die strittigen Fragen weiterverhandeln wollen. So soll erst noch in Einzelberatungen darüber entschieden werden, in welchem Umfang Sowjetrußland die englischen Inhaber russischer Schuldtitel befriedigen will. Ueber andere Ansprüche will man sich so einigen, daß zur Abfindung eine Parichsumme festgesetzt wird. Zahlungen der Sowjetregierung an britische Staatsangehörige werden natürlich nicht erfolgen, vielmehr dürfte diese Entschädigung einen Teil der Anleihe darstellen, welche der britische Staat der Sowjetregierung garantieren will. Auch in der Eigentumsfrage, die einem kommunistischen Staatswesen gegenüber natürlich besonders schwierig und wichtig war, sollen auch erst noch Kommissionsverhandlungen stattfinden. Die Sowjetregierung hat also reiche Gelegenheiten, die Verhandlungen mit England in die Länge zu ziehen und auf das Eintreten günstigerer politischer Konstellationen zu warten.

Angeworben.

Erzählung von Lotzar Brenkendorf.

12) Nachdruck verboten.

Die Leute wurden in ihre Stuben zurückgeschickt mit alleiniger Ausnahme des ehemaligen Ingenieurs, der unbeweglich auf seinem Plage blieb. Als Rudolf eben die Schwelle seines Reviers überschritt, reichte ihm der Korporal einen Brief, bei dessen Anblick es dem jungen Mann eiskalt über den Rücken rieselte, während der Boden unter seinen Füßen zu schwanken schien. Er hatte sofort die festen, kaufmännisch-deutlichen Schriftzüge seines früheren Chefs erkannt, und die Erinnerung an das Verlorene flürmte in diesem Augenblick so übermächtig auf ihn ein, daß alle seine Energie nicht ausreichte, um dem beobachtenden Blick des Vorgesetzten seine gemaltige Gemütsbewegung zu verbergen.

„Na, Hildebrandt, Sie sind ja kreideweiß geworden,“ meinte der Korporal gutmütig. „Der Brief ist am Ende gar von Ihrem Vater, denn vom verlassenen Liebchen kann er der Handschrift nach schwerlich sein. Sie hätten ihn schon vor so und so viel Wochen haben sollen, denn, wie der Poststempel zeigt, ist er gerade am Tage nach unserer Einschiffung in Harderwyk angekommen. Ohne den indischen Postdampfer hätten Sie ihn übrigens vielleicht erst nach einem weiteren Monat erhalten.“

„Nach einem weiteren Monat“, dachte Rudolf mit zuckendem Herzen, „dann hätte er mich wohl schwerlich noch unter den Lebenden gefunden.“

Er setzte sich auf den Rand seiner Feldbettstelle und drehte den Brief zwischen den Fingern, wie wenn er den Mut nicht finden könnte, ihn zu öffnen. Endlich riß er entschlossen den von zahlreichen Stempeln und postalischen Bemerkungen bedeckten Umschlag herab und las:

„Lieber Rudolf!“

Aus Ihrem an Herrn Paul Hartwig gerichteten Schreiben habe ich Ihren jetzigen Aufenthalt erfahren, und ich will von ganzem Herzen hoffen, daß diese Zeilen Sie noch früh genug

erreichen, um jene letzte, verhängnisvolle Wendung zu verhüten, die ich sowohl Ihnen wie um meiner armen Nichte willen aufs tiefste beklagen müßte. Mathilde ist seit dem Tage Ihrer Abreise schwer krank, und die Ärzte wissen ihr Leiden nicht anders als mit einer furchtbaren Gemütserschütterung zu erklären. Wir haben bis heute nicht erfahren, welches der Inhalt der letzten Unterredung gewesen ist, die sie mit Ihnen geführt hat, denn sie spricht niemals über diese Vorgänge, und gerade ihr beharrliches Schweigen ist es, das uns schwere Sorgen bereitet. Aber welche Worte auch immer damals zwischen Euch gefallen sein mögen, sie dürfen Sie nicht bestimmen, Ihren unglückseligen Entschluß bis zum Neufserßen durchzuführen und sich selbst, wie das Mädchen, das Sie liebt, elend zu machen. Seien Sie vernünftig, handeln Sie nicht wie ein Knabe, sondern kehren Sie um, so lange es noch an der Zeit ist. Ich weiß nicht, unter welchen Bedingungen Ihr Eintritt in die holländische Armee erfolgt ist und welche Verpflichtungen Sie haben eingehen müssen; aber ich hoffe, daß es nicht unmöglich ist, Sie davon zu befreien. Vielleicht können Sie für Geld einen Ersatzmann kaufen. Ich stelle Ihnen dafür den erforderlichen Betrag zur Verfügung. Das Leben meiner Nichte, die ich wie meine eigene Tochter liebe, wäre mir mit keinem Opfer zu teuer erkauft.“

Rudolf las nicht weiter. Tränen verdunkelten seinen Blick, und die Buchstaben flossen vor seinen Augen zu einem wirren Chaos zusammen. Er zerstückelte den Brief zwischen den Händen und warf sich über seine harte Lagerstätte hin, das Gesicht in die Decke gedrückt und von verzweifeltem Schluchzen geschüttelt, wie wenn das tödliche Fieber ihn bereits gepackt hätte.

Welche Leiden ihm auch die marternde Reue über seine unbedachte Tat bisher bereitet haben mochte, sie waren nur geringfügig im Vergleich mit den Qualen dieser Stunde. Gleich zackigen Messern wühlte die grausame Gewißheit des erbarungslosen „Zu spät!“ in seinem Herzen, und seine Seele hatte nur noch Raum für einen einzigen Wunsch, daß diese Pein zugleich mit seinem armseligen, verlorenen Leben ende.

Rudolf wußte nicht, wie lange er so gelegen, als jemand seinen Arm ergriff und ihn kräftig rüttelte.

„He, Kamerad! Schläfst du oder hast du das Fieber? Wir sind zum Antreten kommandiert. Jetzt endlich sollen wir erfahren, was die hohen Herren über uns beschlossen haben.“

„Einer seiner Stubengenossen war es, der neben ihm stand. Mit dem leeren Blick eines Geistesabwesenden richtete sich Rudolf auf und strich das wirre Haar aus der Stirn.“

„Antreten? — Ja — ja — ich komme. Hoffentlich schicken sie mich geradewegs in den Tod.“

„Na, wenn dir so viel daran gelegen ist, dazu kann schon Rat werden,“ meinte phlegmatisch der andere. „Es ist hier wohl keiner, der es nicht lieber dir gönnte als sich selber.“

Wie im Traume hörte Rudolf wenige Minuten später die Verlesung des Befehls, dem die übrigen Soldaten in atemloser Spannung und mit vor Aufregung verzerrten Gesichtern lauschten. Er wurde wohl inne, daß sein Name in Verbindung mit irgend einer fremd klingenden Ortsbezeichnung genannt wurde, und er gewahrte auch die mitleidigen Blicke, die sich von rechts und links auf ihn richteten, aber er war ganz unfähig, diese Eindrücke zu einer klaren und bestimmten Vorstellung zu verarbeiten. Sein Gehirn war wie ausgebrannt; eine stumpfe todmüde Gleichgültigkeit war auf die Stelle der Erregung getreten. Er kehrte, als das Kommando dazu gegeben worden war, mit den anderen in seine Stube zurück und setzte sich, stumpf vor sich hin brütend, an sein Bett. Die Kameraden schienen seiner augenfälligen Niedergeschlagenheit eine ganz bestimmte Deutung zu geben, denn niemand belästigte ihn durch Fragen oder gar durch spöttische Bemerkungen, wie sie unter diesen wenig zartfühlenden Burshen in solchen Fällen sonst üblich waren.

Etwa eine halbe Stunde vor der zum Schlafengehen festgesetzten Zeit kam ein Soldat aus einem anderen Revier und fragte nach Rudolf Hildebrandt. Draußen auf dem Flur sei einer, der ihn zu sprechen wünsche, und es handle sich dabei um Dinge von großer Wichtigkeit, die keinen Aufschub litten.

Rudolf wußte nicht, wie lange er so gelegen, als jemand seinen Arm ergriff und ihn kräftig rüttelte.

Das Wichtigste dürfte den sowjetrussischen Vertretern das englische Zugeständnis gewesen sein, daß eine Anzahl russischer Handelsdelegationen mit diplomatischer Immunität in England zugelassen werden solle. Seit den Zeiten, in denen Herr Joffe Botschafter der Sowjetrepublik in Berlin war (Frühjahr bis Herbst 1918) und wegen revolutionärer Propaganda ausgewiesen wurde, werden die diplomatischen Vertretungen Sowjetrusslands als zu sehr im Rampenlicht der Kritik stehend von den Moskauer Gewaltigen nicht mehr so sehr als Propagandaanstalten benützt. Anders ist es mit den Handelsdelegationen. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Rußland legt es den Herren Sinowjew und Kamenjew nahe, ihre Auslandsagitation zu verstärken. Auch in England wird man die Erfahrung machen, daß der neueste wirtschaftliche Kurs in Moskau einer Belebung der Handelsbeziehungen beider Länder nicht günstig ist. Aus der Formulierung des englisch-russischen Abkommens, demzufolge „eine begrenzte Zahl“ von Handelsdelegationen zugelassen sein soll, geht hervor, daß der russische Hauptdelegierte Rakozki ursprünglich sehr viel mehr Delegationen hat einrichten wollen. Im britischen Parlament hat man die Ansicht auf weitere Verhandlungen mit den Russen etwas skeptisch aufgenommen. Ein wirklich intensiver Handelsverkehr zwischen England und Rußland ist durch das Abkommen vom 6. August jedenfalls noch lange nicht erzielt. Ebenso ist es zweifelhaft, ob die Anleihe, für welche der britische Staat die Garantie übernehmen will, wirklich zustande kommt. Die „grundfällige Anerkennung“, welche die britische Darlehensgeber durch die Sowjetregierung erfahren haben, bedeutet praktisch nicht allzuviel, da ja bekanntlich nach dem kommunistischen Rechts- und Moral-Kodex alle der Bourgeoisie gegebenen Zusagen im höheren Klasseninteresse des Proletariats einseitig abgeändert und widerrufen werden können. Unter dem allerneuesten Wirtschaftskurs, der den sogenannten „Rep“ abgelöst hat, werden die Engländer ebensomenig wie die anderen Völker ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland beleben können.

Balkan-Revolutionsgefahr.

Angeichts der zunehmenden Umsturzgefahr auf dem Balkan, besonders in Bulgarien, dürften einige Angaben von besonderem Interesse sein, die Dr. Georg E. Kunzer in einem Artikel „Die Moskauer Jange“ machte. Es liegt ein Beschluß des Zentralkomitees der Sowjets vor, der lautet:

„Nach dem letzten Zwischenfall in Berlin (die bolschewistische Handelsmission wurde von der Polizei verfolgt), müssen die Sowjetrepubliken alle ihre Kräfte auf das Durchbringen der Balkanhalbinsel, die der Schlüssel von Friede und Krieg Europas ist, konzentrieren und besonders auf ihre öffentliche Anerkennung in den Balkanländern richten. Deswegen müssen wir im Interesse der Weltrevolution, die dort schon vorhandenen revolutionären Elemente wachrufen. Die Kommunisten in Bulgarien entfalten demgemäß große Rührigkeit. Sie bewaffnen sich, wofür die bulgarische Regierung fortwährend Beweise findet. So wurde in Warna ein kommunistisches Waffenlager entdeckt. Hierin handeln die Parteianhänger im Einklang mit ihrer Moskauer Instruktion: „Für den Moment verwendet das Geld nicht, um Klubs zu organisieren, sondern man disponiere über den größeren Teil, um Waffen zu senden und für die Agitation.“

Gegenwärtig konzentrieren die Bolschewikis ihre Haupttätigkeit auf die Unterwühlung der Armee und Polizei. Große Geldsummen wurden neuerdings wieder springen gelassen, so 1,2 Millionen Goldrubel, die Moskau für „die Sache“ in Bulgarien bestimmte. Außer dem Geld sendet Moskau Waffen und Munition. Bei Wien und Konstantinopel existieren große geheime Lager von Bomben, Gewehren und Maschinen-gewehren.

Große Agitationsmöglichkeit sieht Moskau in Griechenland. Das Athener Organ „Elefteros Typos“ war vor kurzem in der Lage, den Text eines vertraulichen Sowjetdokuments veröffentlicht zu können. Dieses zeigt, daß die Kommunisten ermutigt durch die Ankunft einer Million elender Flüchtlinge, die Demobilisation usw., mit erhöhtem Eifer an die Arbeit gehen.

Was Südslawien betrifft, so hegt hier Moskau verstärkte Hoffnungen, die die Reize des kroatischen Bauernführers Raditsch bewirkte. Man scheint darauf zu spekulieren, daß Raditsch eine kommunistisch gefärbte Bauernrepublik zustande bringen könnte. Sicherlich bietet die Unzufriedenheit mit dem großserbischen Unitarismus einen guten Angriffspunkt für kommunistische Aktionen, wie auch das vergewaltigte Mazedonien immer für Unruhefistungen empfänglich ist.

Rumänien ist nicht nur militärisch wegen eines befürchteten Vorstoßes vom Bolschewismus bedroht, gegen den es sich durch ein rumänisch-türkisches Abkommen zu sichern sucht, sondern infolge seiner Nachbarschaft mit Sowjetrußland für Umtriebe bolschewistischer Agitationsstrüpps geographisch „begünstigt“, die mit der Aufwiegelung der Landbevölkerung um so leichteres Spiel haben, als hier unter dem verhassten Großagrarkartum die Landarbeiterschaft ein ständig unzufriedenes Element bildet.

Alles in allem ist der Balkan wirklich sehr geeignet, ein größeres Aktionsprogramm des Bolschewismus abzugeben.

Mussolini wieder auf dem Plan.

Rom, 8. August. Im faschistischen Nationalrat hielt Mussolini eine Rede, in der er auf die verschiedenen Probleme einging, die im Nationalrat zur Sprache gekommen sind. Die Erregung, die das Verschwinden Matteottis ausgelöst habe, sei vor allem auf die Art des Verbrechens und auf seine Anstifter zurückzuführen. Die Männer, gegen die er habe vorgehen müssen, hätten ihm ziemlich nahegestanden und auf dieses Verhältnis spekuliert die Opposition. Als man nun gesehen habe, daß er handle und daß sich die Lage verbessere, seien die Oppositionsparteien zu einer neuen Kampart übergegangen und hätten verlangt, daß man der Regierung den Prozeß mache. Der Faschismus habe in der Tat eine Zeit der Verwirrung durchgemacht, aber er habe ihr getrotzt. Wenn Triest heute der große Handelshafen sei, von dem das italienische Volk geträumt habe, wenn die Provinzen und Städte sich ausdehnten, wenn Italien über eine Luftflotte verfüge, die von 85 auf 1900 Flugzeuge angewachsen sei, wenn es ein Heer habe, das den kriegerischen Geist der Nation zum Ausdruck bringe, wenn in den Kolonien Ruhe herrsche und wenn Italien im Djabaland seine Besitzungen um 91 000 Quadratkilometer habe ausdehnen können, wenn es 17 Handelsverträge abgeschlossen habe, so seien das alles Taten, die jede Anstrengung der Oppositionsparteien unwirksam machten. Der strategische Plan der Oppo-

sitionsparteien gehe darauf hinaus, den Faschismus moralisch und materiell zu isolieren. Die einzig mögliche Antwort darauf sei, eine gute Verwaltung zu führen und einen gesunden Sozialismus zu fördern, der den Faschismus den Massen nähere. Die energische Bekämpfung der Opposition bedeute nicht die Abweisung jeder Möglichkeit einer Zusammenarbeit. Zum Schluß betonte Mussolini, der Faschismus solle jede Beunruhigung der Bevölkerung vermeiden, indem er sich zugleich in seiner kriegerischen und seiner menschlichen Gestalt zeige. Diese Versammlung stelle ein ruhmreiches Datum in der Geschichte des Faschismus dar. Keine andere Nation der Welt besäße etwas, was sich ihm vergleichen könne. Mussolini schloß: „Wir sind nur bereit zu verleben, wenn Italien dadurch groß wird.“ Die Schlussworte lösten einen donnernden Beifallsturm und unbeschreibliche Huldigungen aus.

Unklare Lage in Spanien.

Paris, 9. August. In Paris liegen noch immer keine Meldungen über die Entwicklung der Dinge in Spanien vor. Eine halbamtliche Madrider Meldung besagt, General Primo di Rivera habe an die kommandierenden Generale ein Zirkulartelegramm gerichtet, in dem er alle Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des Direktoriums dementiert. Eine weitere Meldung aus Madrid besagt, die Zensur habe der spanischen Presse die Veröffentlichung sehr pessimistischer Betrachtungen des früheren Ministerpräsidenten Maura gestattet unter der Bedingung, daß gleichzeitig eine amtliche Widerlegung der Ausführungen Mauras veröffentlicht wird.

Der Kommunismus in Südafrika.

Wie aus Südafrika gemeldet wird, erhielt der Arbeitsausschuß der Kommunistischen Jugendinternationale in Amsterdam einen Bericht des Zentralkomitees für Südafrika, worin es heißt, unter den farbigen Arbeitern in den Minen und auf dem Lande werde fleißig Agitation und Propaganda getrieben, aber ihre geringe Intelligenz und ihre Klassenurteile erschweren den Fortschritt etwas. Die Kommunisten hätten volkstümlich abgefähte Flugchriften in den Eingeborenen sprachen verteilt und zwei neue kommunistische Organisationen gegründet. (Gen. Herzog wird von dieser Nachricht nicht gerade erbaut sein.)

Fünf Jahre Reichsverfassung.

Am 31. Juli 1919 verabschiedete die deutsche Nationalversammlung in Weimar die neue Reichsverfassung, von der der demokratische Abgeordnete Konrad Haufmann einmal treffend sagte: „Sie wird das Staatsgesetz eines leidenden Volkes werden.“

Die aus den Folgen des verlorenen Krieges entstandenen Leiden unseres Volkes wuchsen in den ersten fünf Lebensjahren dieser Verfassung läglich. Die Republik erlebte Demütigung auf Demütigung. Ein außenpolitischer Mißerfolg reihte sich an den anderen. Obwohl diese Niederlagen im Zusammenhang standen mit der Tatsache, daß die Republik jegliche Machtmittel entbehre, wurden sie doch von den Gegnern der Verfassung als notwendige und gewissermaßen naturgesetzliche Begleiterscheinungen der republikanischen Staatsform gekennzeichnet. Je größer die außenpolitische Bedrückung und mit ihr die Not im Inneren und die Verzweiflung des Volkes wurde, desto heftiger gestalteten sich die Kämpfe um die Verfassung. Es fehlte nicht an zahlreichen Versuchen, gewalttätig zu ändern oder gar aufzuheben. Aber trotz aller Gegenfälligkeiten und der aus ihnen geborenen schmerzlichen und blutigen inneren Kämpfe, trotz der vielen Versuche von außen, Deutschland zu zerreißten, konnte mit der Weimarer Verfassung die Einheit des Reiches nicht nur erhalten, sondern in der allerjüngsten Zeit sogar erheblich gestärkt werden.

Neben der Erhaltung der Reichseinheit haben wir der Verfassung eine nicht zu unterschätzende Vereinhaltung der Staatsgesinnung zu danken. Große Volksteile, die anfänglich der Verfassung ablehnend gegenüberstanden, haben sich heute nicht nur zu ihr bekennt, sondern auch ihre Vertreter mit dem Schutz der Verfassung betraut. Nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil des Volkes lehnt die Verfassung überhaupt ab und noch nicht ein Fünftel hat sich bei der letzten Reichstagswahl zu denen bekannt, die einer gewaltsamen Abänderung der Verfassung das Wort reden. Mit der Zunahme der Staatsgesinnung wuchs die Staatsautorität. In demselben Maße schwindet die Gefahr des Bürgerkrieges.

Hier zeigt sich deutlich die Wirkung der demokratischen Staatsverfassung. In der Demokratie ist das Volk in seiner Gesamtheit berufen, das Schicksal des Landes zu bestimmen. Jeder Staatsbürger trägt also einen Teil der Verantwortung. Das verpflichtet ihn zur bewussten Mitarbeit am und im Staate. Aus dieser politischen Mitarbeit erwächst die Achtung vor dem Staate und seiner Verfassung und der einheitliche Gedanke, der jeden Umsturzgedanken ausschließt, die nationale Gesinnung des politischen Gegners außer Zweifel läßt und jeden Bürger veranlaßt, nach bestem Können dem Staate zu dienen.

Es soll nicht behauptet werden, daß die Weimarer Verfassung vollkommen ist. Manches ist reformbedürftig und niemand wird so töricht sein, das Grundgesetz des Staates als unänderlich zu bezeichnen. Auch die Verfassung muß geändert werden, wenn die Lebensbedingungen von Volk und Staat es verlangen. Aber diese Aenderung muß in voller Achtung der Verfassung, auf dem von ihr vorgeschriebenen Wege angebracht werden. Nur ein Volk, das in demokratischer Form das Schicksal seines Landes regelt, kann seine innere Einheit und Geschlossenheit erhalten. Diese Einheit ist uns Deutschen besonders nötig, da sie allein in der Lage ist, die Kräfte auszulösen, die notwendig sind, um die Lasten zu tragen, die man uns aufgezogen hat. Die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag aber ist die Voraussetzung für die Befreiung der besetzten Gebiete und die Erringung der äußeren Freiheit unseres Vaterlandes überhaupt.

Das Ziel ist aber nicht nur die Erreichung unserer Freiheit. Am Verfassungstage gedenken wir ganz besonders jener Deutschen, die das Versailler Diktat von uns trennte und die heute unter fremder Herrschaft einen harten Kampf für ihre Freiheit bestreiten. Wenn wir in wahrhaft nationaler Arbeit die Einheit und Freiheit unseres Reiches gesichert haben, dann wird auch der Weg gefunden werden, der uns zur großdeutschen Republik führt. Dann wird es möglich sein, der deutschen Nation den Platz unter den Völkern der Erde zu erringen, der ihr gebührt.

Die Einberufung des Reichstages.

Berlin, 9. August. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ hört, wird die Reichsregierung voraussichtlich unmittelbar nach Schluß der Londoner Konferenz den Reichstag zusammenberufen, um ihm die für die Durchführung des Dawesgutachtens notwen-

digen Gesetzentwürfe vorzulegen. Das Blatt nimmt an, daß die Einberufung des Reichstages etwa um den 16. August herum erfolgen werde.

Eine Erklärung des völkischen Blocks im bayerischen Landtag.

München, 9. August. Der völkische Block im bayerischen Landtag gibt folgendes bekannt:

Die am 8. August von allen Kreisleitern und Vertrauensmännern der völkischen Bewegung besuchte Landesversammlung des völkischen Blocks spricht der völkischen Landtagsgruppe einmütig das vollste Vertrauen aus und weist alle Verdächtigungen und Berunglimpungen der Vertreter des nationalsozialistischen und völkischen Gedankens im Landtag mit Entrüstung zurück. Sie lehnt eine Zusammenarbeit mit allen Persönlichkeiten ab, die solche Beschimpfungen aussprechen. Von der Tatsache, daß die Herren Streicher und Wiesenbäcker dem völkischen Block im bayerischen Landtag nicht mehr an. Weiterhin gibt der völkische Block bekannt: Die Meldung eines angeblich völkischen Pressedienstes über eine Stellungnahme Hitlers zu den Herren Streicher und Esser steht der völkische Block im Landtag sowie seine einzelnen Mitglieder völlig fern. Es handelt sich bei dieser Meldung um eine freie Erfindung einer unbekannt, zur Vorbereitung offizieller völkischer Nachrichten unberechtigten Stelle.

Eine Rede Ludendorffs.

Berlin, 9. August. In einem Berliner Konzerthaus hatte der Nationalverband deutscher Offiziere anlässlich der 10. Wiederkehr des Mobilmachungstages gestern einen Erinnerungsabend veranstaltet, Sowohl General Ludendorff als auch Admiral v. Tirpitz hatten abgefragt. Der Vorsitzende des Nationalverbandes verlas eine schriftliche Erklärung Ludendorffs, in der dieser zunächst des alten Heeres und der Opfer des Weltkrieges gedachte. Weiter heißt es in der lediglich rein psychologisch interessanten Rede, es sei das Verhängnis Deutschlands gewesen, daß es seine Volkskraft nur zu einem Teil für die Wehrkraft ausgenutzt habe. Frankreich habe vor dem Kriege 82 Prozent und Deutschland nur 54 Prozent seiner Wehrfähigen militärisch ausgebildet. Hier liegt Deutschlands Schuld am Kriege. Die Demokraten seien schuld, daß der Regierung seinerzeit die Mittel verweigert worden seien. Dies werde dem Zentrum unvergessen bleiben. Weiter wendet sich Ludendorff in seiner Rede gegen das Sachverständigengutachten, durch das der „deutsche Rassenstolz gebrochen werden solle.“

Baden.

Zur Lage der evangelischen Pfarrer in der badischen Landeskirche.

Wer sich noch der Zustände des vorigen Jahres erinnert, in denen die Pfarrer nicht mehr ihren Lebensunterhalt aus ihrem Gehalt haben bestreiten können, wer noch weiß, wie sie entweder bittere Not haben leiden müssen oder auf die dankenswerte Unterstützung der Gemeinden angewiesen waren oder gar Nebenarbeit haben aufsuchen und teilweise unter Schädigung ihres eigentlichen Berufes durchgeführt haben, der wird, einerlei, wie er sich sonst zu Kirche und Pfarramt stellen mag, diese Zustände nicht gutheißen wollen. Und doch stehen, wenn auch nicht Wiederholungen dieser Art, so doch schlimme Seiten für den badischen Pfarrerstand vor der Tür. Diesmal ist nun freilich nicht die Geldentwertung schuld, sondern der Geldmangel, der zwar alle Kreise schwer trifft, aber der doch nicht überall so sehr die Einkünfte beeinträchtigt, wie die der Pfarrer schon seit Monaten bereits wieder. Während die Pfarrer rechtmäßig in Gruppe 10 und 11 eingegliedert sind, beziehen sie einen Gehalt, der diesen Gruppen bei weitem nicht entspricht. Das mag jeder selbst beurteilen, wenn wir verraten, wie heute ein Durchschnittsgehalt von 500 Mark, je nach Dienstatte und Kinderzahl, mit rund nur 300 Mark bezahlt wird, wie noch weitere Abzüge in Aussicht gestellt werden müßten und wie es nur eine einzige Quelle gibt, die diesem Unheil zu steuern in der Lage ist. Diese einzige Quelle ist die nummehr laufende Kirchensteuer. Sie hat allerdings so viele Gegner gefunden, daß sie eigentlich keine laufende genannt werden kann, sondern nur eine kriechende und zwar sehr langsam kriechende. Gewiß, sie fällt keinem leicht, denn sie ist auf die Einnahmehöhe von 1922 aufgebaut und diese haben die Wenigsten unter uns heute noch. Aber eine andere Grundlage war schlechterdings nicht da und es ist auch in andern Landeskirchen nicht möglich gewesen, anders zu verfahren. Die Behörde weiß ganz genau, was sie den Kirchengegliedern zumutet, weiß aber auch, was sie von ihnen erwarten darf. Es wäre traurig, die Behörde darinnen zu enttäuschen. Noch trauriger aber wäre es, wenn durch bedeutende Ausfälle der in Rechnung gestellten, ohnehin zu geringen Zahlen die Pfarrer die Leidtragenden werden müßten, und das würden sie und werden sie in dem Maße, wie eben die Kirchensteuer langsam oder nicht eingeht. Irgendwelche kirchliche Vermögen besitzt die evangelische Landeskirche nun einmal nicht, und was sie aus ihrem Grundbesitz herauswirft, fällt kaum ins Gewicht. Unverständlich ist, warum bei uns eigentlich der Staat nicht eingreift. Württemberg hat hier ganz andere und weit bessere Verhältnisse, es hat sich seine Rechte an den Staat nicht aus der Hand winden lassen. Aber auch rein sachlich hat der Staat ein großes Interesse an einer gesunden kirchlichen Arbeit und an einem von der schwersten Last wenigstens befreiten Pfarrerstand. Liegen diese Kräfte halb gelähmt auf dem Boden, so hat der Staat selber den Schaden. Wieviele reine Staatsaufgaben werden von der Kirche geleistet! Auch unterstützt der Staat die Kunst und die Wissenschaft und tut dies von dem Steuer-Geld derer, die daran gar nicht einmal so sehr interessiert sind. Weitaus der größte Teil der Steuerzahler ist aber noch an der Kirche innerlich beteiligt, und ließe man heute eine Volksabstimmung darüber ergehen, ob die Kirchen und ihr Bestehen gewünscht würden, man würde staunen, wieviele Stimmen dafür abgegeben würden und wieviele Steuerzahler auch wünschten, mit ihrem Steuergeld die Kirchen unterhalten zu sehen. So lange hierin freilich keine grundlegende Aenderung erfolgt ist, bleibt die Kirchensteuer die einzige Quelle für die Pfarrergehälter und der einzige Schutz vor dem Bankrott der Landeskirche schlechthin. Das muß in der Öffentlichkeit aufs allernachdrücklichste bekannt gegeben werden. Vielleicht hilft man dann doch auch bei uns der Kirche etwas auf, wie das dort geschieht, woher man die unheilvollen Maßnahmen einer Trennung von Staat und Kirche herübernahm, ohne den Geist des Opfers und des Unterhaltens mitübernehmen, der allein es einer Kirche möglich macht, auf eigenen Füßen zu stehen!

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 12. Aug. (Verfassungsfeier). Das deutsche Volk beging gestern die Verfassungsfeier. Auch hier wurde der Tag durch einen Festakt auf der Stadtwiese gefeiert...

* Sinsheim, 11. Aug. (Eine Mondfinsternis). Am 13. August findet die zweite Mondfinsternis dieses Jahres statt. Es ist eine totale Finsternis und sie ist, wenn das Wetterverhältnis gut ist, in ihrem Verlauf bei uns sichtbar...

* Neckarbischofsheim, 8. August. (Verstekt) wurde auf 1. Sept. l. J. Gewerbelehrer Bestold von hier nach Heidelberg. Mit der Unterrichtsverteilung an der hiesigen Gewerbeschule wurde Unterlehrer Laible betraut.

* Haffelbach, 9. Aug. Bei dem gestern Abend niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Daniel Belz, die vollständig eingestürzt wurde. Der Schaden ist bedeutend.

* Effenbach, 9. Aug. Verichtigung einer Verichtigung. Entgegen der Verichtigung durch den Gemeinderat wird mitgeteilt, daß tatsächlich ein neues Verfahren gegen den Gemeinderat anhängig ist in der bewußten Angelegenheit der Verweigerung des Bürgerrechts an einen Bürger.

* Ittlingen, 11. August. (Verschiedenes.) Am Samstag Vormittag brach in der Scheune der Brenner'schen Mühle Feuer aus. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehren von hier und Riehen gelang es das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Eine große Menge Heu, Früchte und Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Auch die Mühle wurde stark beschädigt. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. Am Sonntag wurden durch Bürgermeister Kaumann die 4 Feuerwehrlente Fr. Schulz, Wilh. Kelli, Friedr. Dreiter das Ehrenzeichen für 25jährige Zugehörigkeit zur Feuerwehr und Martin Schuhmacher ein Ehrendiplom für 50jährige Zugehörigkeit feierlich überreicht. Darauf fand im Adler ein Festbankett zur Ehrung der Ausgezeichneten statt.

* Eppingen, 10. August. (Das Unwetter), das am Donnerstagabend über unsere Gegend hereinbrach, hatte mehr Schaden angerichtet als wir gestern berichten konnten. Besonders in der Gegend westlich und südwestlich unserer Stadt hat das Wetter größeren Schaden verursacht. So wird uns von Sulzfeld, Mühlbach und Riebenbach berichtet, daß der Hagel 10-15 Minuten anhielt und Hagelkörner in Größe von Taubeneiern niedergegangen seien. Noch über hat das Unwetter in den angrenzenden württembergischen Gemeinden gehaust, so in Ohlenburg, Leonbronn, Zaberfeld, Klein- und Sietten. Die Ernte ist glücklicherweise dort größtenteils eingedrückt, aber die Tabakfelder und teilweise Obstbäume haben stark gelitten. Bei allen Meldungen wird betont, es sei ein großes Glück gewesen, daß kein Sturm herrschte, sonst hätte es eine Katastrophe geben können.

* Spechbach, 9. Aug. (Ertappte Wilderer). Gestern wurden zwei Schreiner, die hier in Arbeit stehen, verhaftet, da sie beim Schießen eines Rehjes erwischt wurden.

* Erbach, 5. Aug. (Sammlung von Odenwälder Volkstrachten.) Um das Interesse für die Heimattrachten wach zu halten, um die fast verlorenen Schätze künftigen Geschlechtern zugänglich zu machen und die mühsamen Studien der Nachwelt zu überliefern, hat sich Graf Konrad zu Erbach entschlossen, feinen prachtvollen Sammlungen im Schlosse zu Erbach eine Abteilung für Odenwälder Trachten anzugliedern. In einem Aufruf wendet sich der Graf an alle Besitzer echter Trachtenstücke, diese der kulturhistorischen Sammlung entweder leihweise, als Geschenk, oder käuflich zur Verfügung zu stellen. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß der großzügig angelegte Plan gelingt. Der Wanderer, der auf seinem Wege die Sammlungen im Schlosse zu Erbach besichtigt, der Kulturhistoriker und Künstler, der sie seiner Trachten wegen aufsucht, sie werden dem Grafen dafür Dank wissen.

* Heidelberg, 9. August. (Schwindler.) Unschädlich gemacht wurde der gefürchtete Schwindler, der in den letzten Monaten in verschiedenen Fällen Frauen und Mädchen gegenüber sich angeboten hat, Koffer und Handgepäck zu tragen, mit denen er dann in einem unbewachten Augenblick verschwunden ist, durch seine Festnahme am 7. August. Er befindet sich im hiesigen Amtsgefängnis und hat bereits 7 Fälle seiner Gastrollen zugegeben, darunter einen Fall, den er am 4. August in Schwetzingen verübte. Der Schwindler ist ein 50jähriger, verwitweter Reisender aus dem Rheinland, der in Weinheim a. d. B. wohnt.

* Mannheim, 8. August. (Arbeitseinschränkung) Die Firma Benz hat ihren Arbeitern durch Anschlag mitgeteilt, daß sie infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen ist, die wöchentliche Arbeitszeit auf 4 Tage zu beschränken. Es bleibt deshalb der Betrieb von Freitag, den 8. August bis Dienstag, den 12. August einschließlich geschlossen.

* Mannheim, 8. August. (Ein Zug Motorperde.) Großes Aufsehen erregte in der Mittagszeit eine Anzahl von Zugmaschinen, welche hintereinander fahrend in der Richtung Friedrichs-

brücke, Ring, Wasserturm und Schloß die Stadt durchquerten. Es waren fünf „Motorperde“, welche in den Motoren-Werken Mannheim U. G., vorm. Benz erbaut, zu einem für Norddeutschland bestimmten Transport gehören. Die Dieselmotoren, von denen eine, wie wir kürzlich berichteten, mit 100 Zentnern Anhängelast auf den Königstuhl fuhr, fielen allgemein durch ihre stabile Form, die Sicherheit und Beweglichkeit im Fahren, besonders aber durch das vollkommene Fehlen jeder Rauchentwicklung auf. Die gestrige Fahrt wirkte auf alle Zuschauer wie ein Zukunftsbild der allmählichen Verdrängung des Pferdes durch die Maschine.

* Mannheim, 8. August. (Unwetter.) Ueber das gestern Abend über Mannheim und Umgebung niedergegangene Unwetter und die dadurch entstandenen Schäden wird uns weiter berichtet: Durch den wütenden Orkan wurde dem Mannheimer Baumbestand großer Schaden zugefügt. Ziegel wurden von den Dächern gestürzt und Fenster zertrümmert. Das Dach des neuangebauten Güterschuppens des Bahnhofes Neckarstadt wurde glatt abgehoben und auf die Straße geschleudert, ebenso das 200 Meter lange Dach der Verladehalle am Bahnhof Käfental. Die Oberleitung der Straßenbahn nach Käfental und Feudenheim wurde zerissen und der Betrieb, wie an vielen anderen Stellen, wo umgelegte Bäume den Verkehr hinderten, gestört. Schaufenster wurden eingedrückt, Raminie umgestürzt, an der Liebfrauenkirche ein Dach zum Teil und ein Steinaußgang heruntergeweht, an Lagerplätzen die Umzäunungen eingedrückt, Gartenhäuschen umgelegt, im Verbindungskanal Schiffe abgetrieben und von einem Hause eine Kuppel abgedeckt. In Waldhof zerstörte der Sturm einen Teil des Daches des Franziskushauses und warf ein Ramin um. Die Berufsfeuerwehr hatte alle Hände voll zu tun und mußte überall rettend eingreifen. Auch aus der Pfalz liegen Meldungen vor, wonach dort das Unwetter auf den Fluren und in den Städten großen Schaden angerichtet hat.

* Weinheim, 7. August. (Schülerelbstmordversuch.) Der zwölfjährige Antinamer Bauer, der sich vor kurzem, wie wir meldeten, wegen einer Rüge mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf schoß, befindet sich auf dem Weg der Besserung. Doch bleibt er wahrscheinlich gelähmt.

* Durmersheim, 8. August. (Gewitter.) Bei einem gestern Abend um 7 Uhr über die ganze Haardt niedergegangenen schweren Gewitter, das von einem starken Sturm begleitet war, schlug der Blitz in das Anwesen des Paul Geiger hier selbst und zündete. Durch den dadurch hervorgerufenen Brand wurden sämtliche erst vor kurzem eingebrachte Erntevorräte vollständig vernichtet. Ferner fielen die Scheune und die Stallung dem verheerenden Element zum Opfer. Das Vieh konnte gerettet werden. Durch den Orkan wurden in der ganzen Umgegend viele Bäume entwurzelt. Der angerichtete Schaden an der Obsternie ist bedeutend.

* Appenweier, 8. August. (Einen guten Fang) machte hier die Gendarmrie, indem zwei junge Burschen von auswärtigen mit Bahnscheiteln von Frankfurt nach Basel fahren wollten und im Kapitol des letzten Wagens mit großer Ueberladung hier herausgeholt wurden. Beide Burschen werden von den Gerichtsbehörden steckbrieflich verfolgt. Sie sitzen jetzt im Gefängnis und sehen dem Weiteren entgegen.

* Rehl, 8. August. (Schrecklicher Fund.) Angehörige der französischen Besatzungsbehörde landeten am Mittwoch aus dem Rheine eine bekleidete weibliche Leiche, der der Kopf fehlte. Der Körper scheint schon seit längerer Zeit im Wasser gelegen zu haben. Etwas Näheres konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

* a Billingen, 9. August. (Auf der Verbandstagung der badischen Schuhmachermeister) wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Handhabung der Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers und der Preissteigerung einpricht, da die in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen geeignet seien, die Preisbildung im Schuhmachergewerbe durch staatlichen Zwang künstlich zu beeinflussen, was eine schwere geschäftliche Schädigung des Schuhmacherhandwerks darstelle. Weiter wird betont, daß das Schuhmacherhandwerk sich seiner Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber bewußt und bestrebt sei, die Preisbildung auf gefundenem Boden aufzubauen. Der Verbandstag richtet fobann an die Spitzenorganisation des Handwerks die Bitte, für die Befestigung der nicht zeitgemäßen Wucherergesetzgebung einzutreten.

* Böhrenbach, 7. August. (Eine beneidenswerte Gemeinde.) Der Bürgerausschuß beriet in seiner letzten Sitzung über den Vorschlag 1924 und 1925, der angenommen wurde. Auch dieses Jahr ist die Gemeinde Böhrenbach in der glücklichen Lage ihren Bürgern keine Umlage auferlegen zu müssen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 19. Maul- und Klauenseuche in Adelshofen. Nachdem in den Rindviehbeständen der Landwirte Georg Graul alt, Georg Graul jung und Dietrich Graul in Adelshofen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk: Die verseuchten Gehöfte, sowie das Gehöft des Wilhelm Hettler VI in Adelshofen.

B. Beobachtungsgebiet: Die Gemeinde Adelshofen mit Dammhof.

C. 15 km Umkreis: Die Gemeinden Hilsbach, Weiler, Steinsfurt, Reichen, Ittlingen, Stebbach, Riehen, Eppingen, Rohrbach b. Eppingen, Essenz, sowie angrenzende Gemeinden der Bezirke Bruchsal und Bretten und des Oberamts Heilbronn.

Sinsheim, den 9. August 1924. Badisches Bezirksamt.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 13. August 1924, vormittags 10 Uhr, werde ich in Sinsheim beim Rathaus gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

1 Damenfahrrad. Sinsheim, den 9. August 1924. Sprich, Gerichtsvollzieher.

Auf Kirchweih empfiehlt

Ruchenmehl pro Pfund 18 Pfa. Leopold Reinach, Bäckerstr. Sinsheim.

Industriegelände am Bahnhof Sinsheim gegenüber der Drehscheibe 6 ar 82 qm Egd. Nr. 5395 zu verkaufen. Angebote mit Preisangabe pro qm unter Nr. 736 an den Landboten erbeten.

Herrenhutreparaturen Elsa Paul, Heideberg, Sofienstr. 13.

Advertisement for Schürzen (Aprons) by E. Speiser, Sinsheim. Includes an illustration of an apron and text describing various types of aprons available.

v Freiburg, 9. Aug. (Zuchtviehhausstellung.) In der gut eingeführten, flott besuchten landwirtschaftlichen Herbstwoche in Freiburg i. B. wird am Donnerstag, den 16. Oktober eine Zuchtviehhausstellung des Simmentaler Zuchtgenossenschafts-Verbandes nebst großem Zuchtviehmarkt stattfinden. Wer die seit 4 Jahren bestehenden Freiburger Pferdewerke besucht hat, wird beurteilen können, mit welchem Geschick und Erfolg derartige Kauf- und Verkaufsgeschäfte in Verbindung mit einer großzügigen Ausstellung von Maschinen, Geräten, Chemikalien etc. in der Stadt Freiburg aufgezogen und durchgeführt zu werden pflegen. Der große Verbandszuchtviehmarkt soll mit einer reichhaltigen und neuartigen Prämierung der besten Zuchttiere (Fohlen, Kälbinnen und Rinder) bedacht werden, die den Besuch für Züchter (Verkäufer) und Käufer gleich lohnend gestalten werden.

t Friedrichshafen, 8. August. (Der Zeppelin für Amerika.) Die Direktion der Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft teilt mit, daß der Maibach-Motorenbau die für das Luftschiff bestimmten Motoren in den nächsten Tagen laufend zur Ablieferung bringen wird, nachdem sie in wiederholten Dauerproben sich nimmehr als durchaus betriebsfähig erwiesen haben. Wie bekannt bestehen die Hauptneuerungen dieser schweren Motore von 400 PS. in ihrer Umsteuerbarkeit und in einer Erzeugung der bei schweren Motoren unzureichenden Weichmetallelager durch Rollenlager. Dieser neue Motor bedeutet an und für sich eine bahnbrechende Neuerung auf dem Gebiet der Luftfahrzeugmotore. Die Füllung des Luftschiffs wird in etwa 15 Tagen beginnen, und die erste Probefahrt dürfte gegen den 20. August stattfinden. Vertreter der Presse, die das Luftschiff noch vorher zu besichtigen wünschen, sind auf 20. August zu dieser Besichtigung eingeladen.

Berlin, 7. August. (Mord aus Rache.) Der 15jährige Sohn Georg des Rittergutsbesizers v. Behr in Hena an der Weser wurde in dem Schlafzimmer, das er mit seinen beiden jüngeren Brüdern teilte, mit durchschnittener Halsschlagader im Bett ermordet aufgefunden. Der Mörder muß von der Wasserseite aus mit einer Leiter durch die Fenster gestiegen sein. Die beiden Brüder und die Eltern des Ermordeten vernahmen nicht das geringste Geräusch. Allem Anschein nach liegt ein Racheakt vor. Als der Tat dringend verdächtig wurde der Kutscher des Rittergutsbesizers verhaftet.

Berlin, 7. Aug. (Schweres Explosionsunglück.) Nach Blättermeldungen aus Marienburg ereignete sich gestern auf dem Ezerzierplatz Willenberg ein schweres Explosionsunglück. Eine Kompanie des Marienburger Ausbildungsbataillons war nach dem Werfen scharfer Handgranaten damit beschäftigt, die eingeballten Ladungen mit Hilfe einer Zündschnur zur Explosion zu bringen. Als eine solche Ladung trotz längerer Wartens nicht explodierte, glaubte ein Feldwebel, die Schnur sei infolge des Regens wieder verläßt und brannte sie nochmals an. In diesem Augenblick explodierte die Ladung, ein Feldwebel war sofort tot, ein weiterer starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Der Kompanieführer wurde leicht verletzt.

Turnen, Sport und Spiel.

h Eppingen, 11. Aug. Der Verein für Bewegungsspiele e. V. Eppingen weicht am Sonntag seinen Spiel- und Sportplatz ein. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht das Lugalpiel: V. f. B. Heidelberg - F. C. Mühlburg um den großen Preis von Eppingen.

Marktberichte.

Sinsheim, 12. Aug. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 19 Milchschweine zum Preise von Mk. 20-35 pro Paar. Bruchsal, 9. August. Angefahren wurden 244 Milchschweine und 32 Käufer. Verkauf wurden 204 Milchschweine und 22 Käufer. Höchster Preis Paar Milchschweine 27 Mk., Stück Käufer 55 Mk. Häufigster " " " 20 " " " 40 " Niedrigster " " " 16 " " " 34 "

Neue Wein- und Mostfässer rund und oval

in allen Größen laufend abzugeben. Friedr. Petri, Küferei, Sinsheim.

Was hilft Sammelobst zu fressen? Die Luffal-Luzign, proz'ig bis!

Large advertisement for Dixie soap. Features the word 'Nicht' in large letters and '1 Paket Seifenpulver sondern 1 Paket Dixie'. Includes text about the quality and benefits of the soap.